

MHH will Fesseln lösen

Präsidium der Hochschulklinik wirbt für Stiftungsmodell

VON JULIANE KAUNE

Hannover. Das Präsidium der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) will neue Wege gehen: Die MHH soll zu einer Stiftungshochschule werden und damit weitgehend unabhängig von staatlichen Vorgaben agieren können. „Als Wirtschaftsunternehmen ist unsere Hochschule so erfolgreich, dass sie in der bisherigen Organisationsform überall an ihre Grenzen stößt“, sagt MHH-Präsident Dieter Bitter-Suermann. In einer eigenständigen Stiftung werde der Handlungsspielraum in zentralen Bereichen wie der Wirtschaftsführung, dem Personalmanagement und der Bauverwaltung deutlich erweitert.

In den vergangenen Jahren ist die MHH ständig gewachsen. Rund 8900 Beschäftigte arbeiten derzeit in Voll- oder Teilzeit an der Hochschulklinik – das sind 1400 mehr als noch 2004. Im gleichen Zeitraum sind die jährlichen Einnahmen von 384 Millionen Euro auf 546 Millionen Euro gestiegen. Ein Ranking der Nord/LB hatte jüngst ergeben, dass die MHH unter den 50 größten niedersächsischen Unternehmen mit einer Wertschöpfung von 391,6 Millionen Euro (2009) an 14. Stelle steht – damit ist die

Summe gemeint, die durch Investitionen und Ausgaben für das Personal in der Region Hannover verbleibt. Angesichts dieser Entwicklung sei das „Korsett einer staatlichen Hochschule“ für die MHH zu eng geworden, sagt Bitter-Suermann.

Die Rechtsform einer Stiftung solle dazu beitragen die wirtschaftlichen Erfolge in der Forschung und der Krankenversorgung langfristig zu sichern und der MHH Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Als Stiftungshochschule würde die MHH Eigentümerin ihrer Gebäude, die bisher dem Land gehören. Die Hochschule könnte eigenständig Kredite aufnehmen und Kooperationen mit Unternehmen vereinbaren, zudem wären Ausgründungen aus den Forschungsinstituten schneller zu realisieren. Auch die Personalhoheit ginge auf die neue Stiftung über: Die MHH könnte ihre Professoren selbst berufen; alle Mitarbeiter, die bisher Landesbedienstete sind, würden zu Angestellten und Beamten der Stiftung. Die Tarifbindung bleibt laut nie-

dersächsischem Hochschulgesetz erhalten – gleichwohl können leistungsbezogene Gehälter vereinbart werden. Nach den Vorstellungen des Präsidiums soll sich im Lauf des nächsten Jahres entscheiden, ob die MHH eine Stiftung wird. Der Hochschulsenat hat beschlossen, den Prozess „ergebnisoffen“ zu diskutieren. Eine Zweidrittelmehrheit des Gremiums wäre für eine Entscheidung erforderlich. Bereits 2002 hatte die MHH einen Vorstoß in Sachen Stiftung unternommen – das Vorhaben scheiterte, weil dem Senat die Zugeständnisse des Landes seinerzeit nicht reichten.

In Niedersachsen gibt es seit 2002 fünf Stiftungshochschulen, darunter die Tierärztliche Hochschule Hannover und die Universität Göttingen. Das Wissenschaftsministerium hat den Stiftungen zugesichert, die Landeszuschüsse für Lehre, Forschung und Bauunterhaltung nicht zu kürzen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.12.2010

Stärkung des Ehrenamtes

Bundeskabinett ebnet Weg für Feuerwehrführerschein

VON KARL DOELEKE

Hannover. Das Bundeskabinett in Berlin ist einer Forderung aus Niedersachsen nachgekommen, das Engagement von Ehrenamtlichen bei Katastrophenschutz und Feuerwehr zu erleichtern. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) begrüßte am Donnerstag eine entsprechende Änderung im Straßenverkehrsgesetz, der der Bundestag noch zustimmen muss.

Danach wird der sogenannte Feuerwehrführerschein auf Einsatzfahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen erweitert. Damit soll es Inhabern eines EU-Führer-

scheins der Klasse B, der eigentlich nur zum Führen eines Pkw berechtigt, in Zukunft erlaubt sein, auch die Einsatzfahrzeuge zu fahren. Voraussetzung ist lediglich eine besondere Einweisung und eine praktische Prüfung. Den Ehrenamtlichen wird damit erspart, einen teuren Lkw-Führerschein zu machen.

„Der Bund hat den Weg bereitet, dass den Freiwilligen Feuerwehren und den Hilfsorganisationen auch zukünftig ausreichend Fahrerinnen und Fahrer zur Verfügung stehen“, sagte Schünemann. „Brandschutz und Katastrophenschutz durch Ehrenamtliche sind

in Deutschland unverzichtbar.“

Der SPD-Fraktion im Landtag hingegen reicht der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer nicht aus: „Indem die Möglichkeit gestrichen wird, den Feuerwehrführerschein nach zwei Jahren für private Zwecke umzuschreiben, nimmt die Bundesregierung jungen Leuten einen wesentlichen Anreiz, sich zu engagieren“, sagte Klaus-Peter Bachmann. Der innenpolitische Sprecher der Sozialdemokraten bezweifelt deshalb, dass die Neuregelung das Ehrenamt stärken werde. Bachmann macht dafür die FDP verantwortlich, die sich „für die Fahrschulobby und damit gegen die Ehrenamtlichkeit und die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren engagiert“ habe.